

sogar am Staat, so ist heute ein Kreisbauernhof nichts anderes als auf dem agrarpolitischen Sektor eine große Erziehung aller der Menschen, die in diesem Berufsstand schaffen und arbeiten. Die im nationalsozialistischen Staat geschaffene Einheit in der Führung von Volk, Staat und Armee ermöglicht gegenüber früher einer unglaublich größeren Kraftentfaltung und gibt uns auch jenes außenpolitische Gewicht, das notwendig ist, um Deutschland die ihm gehörende Stellung im Leben der Völker zu sichern. Der Bauer hat sich stets zum autoritären Führerprinzip bekannt. Für ihn hat das Prinzip der Demokratie, der Terrifizierung in der Führung, niemals Geltung gehabt. Nun darf Deutschland nicht anders betrachten als einen großen Bauernhof, dessen Führer Adolf Hitler ist, der seinerseits bestimmt, was gemacht wird. Genau so ist es in einem kleinen Bauernhof auch dort nun, wenn der Hof in Ordnung sein soll, einer die Führung haben, gleich ob der Bauer oder die Bäuerin.

Ebenso, wie in der Vergangenheit eine Terrifizierung in der Führung von Volk, Staat und Armee klingen, gingen auch alle übrigen Zweige und Lebensäußerungen unseres Volkes eigene Wege. So war es in der Kunst, in der Wissenschaft und in der Wirtschaft. Reichsbauernführer Darré hat, als das Dritte Reich Wirklichkeit wurde, als Erster den Grundschaf aufgestellt, daß der ihm unterstehende Sektor, nämlich die Landwirtschaft, nicht etwa auf Kosten der anderen Wirtschaftszweige ein Eigenleben führen dürfe. Er hat vielmehr die Landwirtschaft mit hineingehebelt in den Staat und verlangt, daß sie als Dienerin des Aufbaus fungieren habe. Hermann Göring hat für die Durchführung des Vierjahresplanes den Grundschaf aufgestellt, den auch Darré von seinen Bauern verlangt hat, nämlich daß

jeder Deutsche zuerst Staatsbürger und Volksgenosse

zu sein hat und erst in letzter Linie an sich denken darf. So wird auch für die Menschen in der Wirtschaft ein neuer Gradmesser geschaffen werden. Jeder ist für Volk und Nation nur das wert, was er bereit ist, gegenüber Volk und Nation an Aufgaben und Opfern zu übernehmen. Dies wird von vielen Leuten als Unfreiheit, als Zwang empfunden. Wir im Landvolk wissen, daß das, was früher als Freiheit bezeichnet wurde, nichts anderes war als eine Zügellosigkeit, ein Kampf aller gegen alle, an dessen Stelle wir nicht eine Unfreiheit, sondern eine Ordnung gesetzt haben, denn er ist diese ermöglicht es, daß soviel Menschen auf so engem Raum nebeneinander ihr Auskommen finden können. Durch diese Ordnung bekommt unser Leben erst einen Sinn. Deshalb ist das Prinzip unserer Agrarpolitik das der Ordnung, wie auch das Ziel unserer Wirtschaftspolitik, das Prinzip der Stetigkeit und Ordnung kein Zufall. Bei einer Entwertung der Währung, die — wie es die gegenwärtigen Vorgänge in Frankreich zeigen und wie wir es schon einmal bei uns erlebt haben — die unvermeidliche Folge einer Erhöhung der Löhne und Preise ist, hat immer der Bauer am meisten zu leiden. Das Landvolk bekennt sich daher zum Prinzip der festen Preise, der stabilen Löhne und der stabilen Währung.

Von diesem Geiste des Gemeinschafts ist die ganze nationalsozialistische Agrarregierung getragen.

Das Reichsnährstandsgebot

hat die frühere unendliche Tiersplitterung in den landwirtschaftlichen Organisationen beseitigt und alle Angehörigen des Bauernstandes zu einer großen Organisation zusammengezogen, durch die allein der Nahraum in die Lage versetzt wird, seine gewaltigen Aufgaben zu erfüllen. Das

Reichserbhofgesetz

befestigte jene zügellose Freiheit, die es jedem Bauern erlaubte, mit seinem Hof zu machen, was er wollte. Unter Boden ist die Grundlage für die Ernährung unseres 67-Millionenvolkes und kann daher nicht eine Spekulationsware des einzelnen sein. Darüber hinaus wird eines Tages der Reichsnährstand ein Aufführungsrrecht über die Bewirtschaftung des gesamten deutschen Bodens erhalten müssen, also auch des Bodens, der den kleinen und großen Betrieben unter und über Erbhofgröße gehört. Ferner muß die Trope des Pachtlandes und der Pachtpreise entscheidend gelöst werden; denn wenn die Preise für die Erzeugnisse des Bodens gebunden sind, so muß es auch hinsichtlich des Bodenpreises zu einer Festlegung kommen (Bodenbewirtschaftungsgebot). Ein drittes Gesetz, das sich ebenfalls in diesem sozialistischen Geiste bewegt, ist

die Marktordnung.

Sie geht von dem Grundschaf aus, daß jedem das Seine gehört und daß keiner auf Kosten des anderen Geschäfte machen kann. Die Marktordnung hat drei Grundsätze: Erzeugerschutz, Verbraucherdruck und geordnete Warendynamik. In Deutschland werden 55 Prozent der Löhne für Lebensmittel ausgegeben. Der Lebensmittelpreis muß stabil bleiben, denn er ist die Voraussetzung für die Stabilität der Währung. In diesem Verbraucherdruck tritt als Erzeugerschutz die Stetigkeit der Preise für die landwirtschaftlichen Produkte und die geordnete Abnahme der Waren. Auch auf der Ausgabenseite des Bauern muß eine Festlegung bzw. Senkung der Preise auf ein den landwirtschaftlichen Kaufkraft entsprechendes Maß erfolgen. Die geordnete Abnahme der Waren ermöglicht der deutschen Landwirtschaft jene Produktionssteigerung, die dringend notwendig ist, denn Deutschland erzeugt im Durchschnitt aller Produkte nur 80 Prozent. Um die volle Unabhängigkeit vom Ausland zu erreichen, müssen wir also die Erzeugung noch um 20 Prozent steigern. Das letzte Kapitel der Marktordnung, die geordnete Warenbewegung, bezieht in erster Linie eine durchgreifende Vereinigung des Handels mit Lebensmitteln. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in Deutschland auf 2½ Bauern ein Händler mit Lebensmitteln kommt. Es muß eine gewaltige Zusammenfaltung der Handelsspanne erreicht werden zum Nutzen der Erzeugung und des Verbrauches, und zwar nicht nur auf dem Gebiete des Lebensmittelhandels, sondern auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs. Damit greift der sozialistische Geist der Marktordnung bereits hinaus über den eigentlichen Bauernstand und zieht in seinem Banne alle Kreise, die die landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Verbraucher herantragen. Überdauert sich zwielichtige Zwischenhändler zwischen Erzeuger und Verbraucher ein. Außerdem sind Maßnahmen in Angriff genommen, die sich überwiegend vor allem an die nichtdeutsche Bevölkerung an den Verbraucher wenden. Hier ist eine der wichtigsten Aufgaben die Aktion.

Kampf dem Verderb.

Deutschland führte vor einigen Jahren noch alljährlich für 4½ Milliarden, 1934 noch für 1½ Milliarden Mark Lebensmittel aus dem Ausland ein. Für 1½ Milliarden Mark verdankt aber noch an Lebensmitteln höchstens in Deutschland, z. B. beim Erzeuger, 1. B. beim Händler, vor allem aber bei der städtischen Haushalt. Interessant ist, daß in den großen Städten in der Stadt nur 1 Prozent der Lebensmittel verdankt, die dort gekauft und verbraucht werden; während es den Privathaushaltungen 7–8 Prozent umkommt. Der Landesbauernführer erwartet in diesem Zusammenhang als einzige wirkliche Mittel zur Erziehung des Städte-Hausfrau im Kampfe gegen den Verderb die Durchführung von Speisekammerbegehrungen durch die NS-Frauenfront (Weißfall), sowie den Einbau ordnungsgemäßer Speiseküchen in den Neubauten. Wie bitter ernst dieses ganze Problem ist, beweisen einige Zahlen: Wenn in jeder der 17½ Millionen Haushaltungen in Deutschland in jeder Woche eine Scheibe Brot im Gewicht von 50 Gramm verbraucht, so ergibt dies zusammen 910 000 Jenner = 4000 Wagons Brots jährlich. Daneben machen die Nahrungsmittelabfälle, wie Kartoffelchalen usw., die durch achtloses Wegwerfen verloren gehen, eine so gewaltige Menge aus, daß davon in Deutschland jährlich rund 1 Million Schweine gemästet werden könnten. Wenn der Reichsnährstand heute von den Bauern verlangen möchte, die Brotdrucke kontingenten zu erfüllen und keinem Volkstrichter an die Schweine zu verfallen, so muß auf der anderen Seite an jede deutsche Haushalt der dringende Appell gerichtet werden, unter keinen Umständen etwas verderben zu lassen.

Eine weitere Aktion des Reichsnährstandes ist die „Lenkung des Verbrauchs“.

henlein fordert Neuwahlen

Die große Tagung der Sudetendeutschen Partei in Aussig

Die Sudetendeutsche Partei hielt am Sonntag in Aussig eine große Tagung ab, die in grundsätzlicher Form klar und eindeutig die politische Gestaltung und Kraft der Sudetendeutschen Einheitsbewegung in gesicherter Richtung aufzeigte. Was dem Tag von Aussig schon rein äußerlich sein Gepräge verlieh, war die geradezu elementare Wucht und disziplinierte Geschlossenheit einer festgesetzten Gemeinschaft, die bereits weit über den rein politischen Charakter hinausgewachsen und einfach „die deutsche Bewegung in der Tschechoslowakei“ geworden ist.

Von den Bänden und den schlicht geschnittenen Tribünen des großen, bis auf den letzten Platz besetzten Versammlungsraumes grüßten die Fahnen der Bewegung und die Staatsfahne, als unter brausenden Jurassen Konrad Henlein mit seinem Stellvertreter Karl Hermann Frank und seinen Mitarbeitern Abgeordnete Ernst Kundi und Dr. Krejzl, Bodenbach, den Saal betrat. Wie ein Gebördniss klang das Sieb der Arbeit auf.

Einleitend teilte Konrad Henlein mit, daß er die in der letzten Amtsverlängerung in Aussig eingesetzte Hauptleitung der Partei aufgelöst habe. Er dankte allen früheren Hauptleitungsmitgliedern für ihre Arbeit und erklärte, daß der Amtsbericht der Hauptleitung vollständig auf den Führerrat der SDP übergehe.

Als erster Redner der Tagung sprach das Führeramtmitglied der SDP, Dr. Treitzl. Er zeigte, wie im Gegensatz zum alten Österreich die Entwicklung in der Tschechoslowakei immer deutlicher gegen die Selbstverwaltung in den Gemeinden gerichtet war. Er verlangte daher die Wiederherstellung der ursprünglichen Freiheit der Gemeinden und vor allem die sofortige Durchführung allgemeiner Gemeindewahlen, damit der Wille des Volkes auch hier zum Durchbruch komme.

Der Stellvertreter Henleins, Abgeordneter Karl Hermann Frank, gab einen geschichtlichen Rückblick über die bisherigen „Schäffen sudetendeutscher Politik“. Die in St. Germain übernommenen Verpflichtungen der tschechischen Regierung, aus der Tschechoslowakei eine „Art jüdische Schweiz“ zu machen, seien ebenso wenig eingehalten worden wie die Minderheitenabstimmungen. Trotz des Eintritts sudetendeutscher Parteien in die Präziger Regierung habe man das Unrecht fernsehwegs gemiedet, es sei vielmehr ein Abgleiten des Rechts und des

Besitzstandes des Sudetendeutschstums eingetreten. Die Einigung der Sudetendeutschen unter Führung Konrad Henleins nach der Auflösung der nationalen Parteien im Jahr 1933 sei nicht verstanden worden, auch nach dem einzlig bestehenden sudetendeutschen Wahlstieg vom Mai 1935 habe man die angebotene Hand zum Frieden zu den ausgeschlagen. Nun versuche man, mit deutschen Splitterparteien zu einer Art Ausgleich zu gelangen; in Wirklichkeit würden aber nur alten Verpflichtungen neue hinzugesetzt. Die deutsch-tschechische Frage könne nur mit der Mehrheit des Sudetendeutschstums durch geistige Vereinbarungen gelöst werden.

Ein Rechtsgründerliches über „Die Grundlagen einer Nationalitätenordnung in der Tschechoslowakei“ erstaute der Abgeordnete der SDP, Kundi. Sieben Thesen stellte Kundi auf, die zur Errichtung des Friedens im Staate führen können: Die Konstituierung der Völker und Volksgruppen als Körperschaften des öffentlichen Rechts, ihr Zusammenwirken zum Staatswillen, die Einführung des nationalen Katasters, die Einführung der

Selbstverwaltung durch diese natürlichen Gemeinschaften, die Neuordnung der Gerichts- und Verwaltungssprengel und die Einhaltung des Bevölkerungsschlüssels bei der Besetzung der Staatsämter, eine weitgehende Sektierung der Staatsverwaltung und die Bürgschaft dafür, daß jede Volksgruppe ihren Bestand erhalten und mehren kann.

Den Höhepunkt der Kundgebung bildeten die grundsätzlichen Erklärungen des Vorsitzenden der Sudetendeutschen Partei, Konrad Henlein. Das Volk als Vint-, Schicksals- und Willensgemeinschaft stelle er in den Mittelpunkt seiner auffällenden Ausschreibungen.

Trotz aller Schicksalsstöße seien die Sudetendeutschen feistlich und biologisch ungebrochen;

es sei ein Irrtum gewesen, zu glauben, sie würden durch die wirtschaftliche Verelendung verblassen, oder man könne die kulturelle Verbündenheit der Sudetendeutschen mit ihrem großen Muttervolk unterbinden. Nur mit Unwendung brutalster Gewalt könne ein tschechischer Nationalstaat verwirklicht werden. Die Verfassung sei nicht erfüllt worden, insoweit sie die Gleichberechtigung aller Staatsbürger verbürgt.

Die Sudetendeutschen können nicht zulassen, daß die ihnen verhängte freie Entwicklung in eine babylonische Gefangenenschaft umgewandelt werde.

Jeder Sudetendeutsche sei ehrlich davon überzeugt, daß der Friede in der Tschechoslowakei nur durch die Anerkennung der Volkspersönlichkeit und der Volksstumsgrenze hergestellt werden könne. Die Grundsätze für die Einführung der Nationalitätsfragen seien die Einführung der Selbstverwaltung, die die Einheitlichkeit und die Breiten des Staates nicht verlese, weiter auf Grund von nationalen Katastern die Zusammenfassung der Staatsbürger gleicher Volkszugehörigkeit in gleichberechtigte Körperschaften des öffentlichen Rechtes, die die Eigentümlichkeit auf dem Boden ihres Siedlungsgebietes und die Mitbestimmung in allen Staatsinrichtungen zu erhalten hätten. Alles das müsse durch Geheime sichergestellt werden.

Konrad Henlein ründete hierauf an, daß die Sudetendeutsche Partei im Prager Parlament die nötigen Gesetzesvorlagen unterbreiten werde, damit nochmals eine Probe daraus gemacht werden könne, ob und wie weit die Tschechen ehrlich eine Befriedigung wollen.

Die Sudetendeutsche fordern seien: Schutz der Heimat, Sicherung der Volksstumsgrenze, völkische Selbstverwaltung und Wiedergutmachung des den Sudetendeutschen seit 1918 zugefügten Unrechts.

Unter großer Begeisterung forderte Henlein dann die sofortige Ausschreibung von Neuwahlen ins Prager Parlament, damit die Regierung den Beweis erhalte, daß diese von ihm aufgestellten Forderungen wirklich von allen Sudetendeutschen gebilligt werden.

„Abermals“ schloß Konrad Henlein unter dem stürzenden Jubel der Sudetendeutschen, „strecke ich die Hand zum Frieden aus; es ist möglich, daß sie nochmals ausgeschlagen wird. Da Recht und Wahrheit meine Helfer sind, werde ich mit Euch, meine Kameraden, weiter kämpfen. Wir wollen sehr an unsere Mission glauben, die für ganz Europa Ruhe und Frieden bringen wird. Wir werden unablässig um die Erfüllung ringen, komme, was kommen mag!“

Nie wird der Führer etwas zulassen, was gegen Deutschlands Ehre geht. Stellen fremde Staatsmänner sachliche Fragen zur Debatte, so wird jede einzelne sachlich besprochen werden, aber nie darf jemand unsere Ehre anfechten. Und damit hängt zusammen der Kampf um die Freiheit. Deutschland muß seine freie Möglichkeit wieder haben.

Krediten sind uns entgehen worden; der Führer nimmt sie nicht, der Geldgeber würde uns nur in die Hand bekommen. Geldgeber aber willde der Jude sein, unser starker Feind. Der Jude verleiht uns in die Hand zu bekommen.

Hier ist der Weg des Führers; er geht ihn für Deutschland. Aus eigener Kraft hat er sich geholfen, und keiner weiß von seinem Erfolglosen Rücken. Was sind unsere kleinen Sorgen gegen diesen Führer. Er opfert sich für uns, und wir werden unwillig, wenn sich einmal Schwierigkeiten einstellen.

Wie geht es in Spanien und New York zu? Vor 4 Jahren war es auch bei uns möglich. Wir werden auch schon besiegt. So werden auch die kleinen Sorgen rasch vergessen. Ist erst in der Außenpolitik etwas Ruhe, dann wird auch der Führer mit noch mehr Kraft an die innere Gestaltung gehen, und wir werden auch den Segen jenes Kampfes fördern. Deutscher Geist ist überall am Werke und befähigt neue Rüststoffe. Der Jude verleiht uns die Baumwolle, wir haben uns geholfen aus eigener Kraft; wir brauchen sie nicht mehr. Es ist ein Kampf um die deutsche Freiheit. Nie dürfen Hungerjahre wiederkehren wie 1918.

Es war ein kühnes und wagemutiges Beginnen, als der Führer der Wehrdienst problematisierte, aber der Führer ist kein Phantast, er ist auch kein Phantast. Er ist der geschickte Schauspieler, den die Politik kennt. Bischoff sind seine Entschlüsse und der Erfolg ist immer bei ihm. Was er tut ist richtig, und was er unterschreibt, ist ein Segen für uns und unsere Kinder, auch wenn wir es gegenwärtig noch nicht erkennen. Das Ausland kennt den Führer besser, als mancher unserer Spieler. Es ist degeister von ihm und schwärmt von ihm.

Gleichwohl stehen wir unter den anderen Völkern; denn unter Vaterland ist gerüht und keine Macht der Erde kann es wagen, Deutschlands Frieden zu stören.

Unerhörtes Geschehen liegt hinter uns, große Dinge stehen noch vor uns. Nur und niemals können wir alle damit verbundene Sorgen auf unsere Tasche übertragen; wir müssen jagen, daß Deutschland auf Jahrzehnte hinaus frei wird. Ein glücklicher Glanz hilft uns schöffen, daß das neue Reich ein Reich des Glückes und der Wohlthat, der Stärke und der Herrlichkeit wird. Der Führer hat es versprochen und wird es halten. An uns liegt es, dieses neue Reich mit dem Herzen zu bauen und die Seele mitzumachen zu lassen.

Treuer und opferbereiter müssen wir werden, Helfer am großen Werke. Der Glanz soll stark sein und vor unserem Geiste thronen soll immer Deutschland stehen.

Schule und Dorf müssen zusammenstehen, nicht eines neben dem anderen, und die Lehrer sollen sich als verbindende Brüder, als Kämpfer für die Aufgaben des Nationalsozialismus fühlen. Die Lehrerschaft steht in einem Weltkreise bei der Erledigung ihrer Aufgaben, aber man muß ihr auch entsprechende Unterrichtsstunden zubilligen, daß nicht Schulgebäude als eine Kulturstande zu deuten sind. Ost und West haben schon viel helfen.

Unsere Kinder verdienen das, die viel aufgeschlossener sind, seit sie SS und SDM angehören. In eider Kameradschaft sollen Bauern und Lehrer zusammenstehen. In allem wird die Schulverwaltung, sowohl wie nur möglich, eingreifen; denn es geht nicht um Materialismus und Egoismus, wo die Landwirtschaft mit all ihren Problemen steht.